

BEUTELSBACHER KONSENS

Ein Kompass für die sozioökonomische Bildung

Laut Beutelsbacher Konsens sollen wirtschaftliche Themen multiperspektivisch und kritisch behandelt werden. Das wird erschwert, indem Lehrpläne neu ausgerichtet werden und wirtschaftsnahe Interessenvertretungen kostenloses Unterrichtsmaterial zur Verfügung stellen.

Prof. Tim Engartner und Felix Bürgel

Seit den 2000er-Jahren haben sich in der sozialwissenschaftlichen Bildung bildungspolitische Prioritäten verschoben. Unterstützt von Wirtschaftsverbänden und arbeitgebernahen Stiftungen fordern Vertreter*innen einer monodisziplinären Wirtschaftsdidaktik, das Fach Wirtschaft aus dem sozialwissenschaftlichen Integrationsverbund herauszulösen. Dadurch werden ökonomische Paradigmen wie der Neoliberalismus deutlich aufgewertet, während politische und gesellschaftliche Dimensionen immer unwichtiger werden.

Bedeutung des Beutelsbacher Konsenses

Mit dieser Verkürzung droht der Beutelsbacher Konsens unterlaufen zu werden. Die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses haben auch Auswirkungen auf die Vermittlung sozioökonomischer Inhalte:

- Lehrkräfte dürfen im Einklang mit dem Überwältigungsverbot den Schüler*innen keine erwünschten Meinungen bzgl. eines bestimmten Wirtschaftsmodells, einer bestimmten Sichtweise auf Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik oder einer bestimmten ökonomischen Denkweise in Richtung Monetarismus, Keynesianismus oder Neoliberalismus aufdrängen.
- Laut Kontroversitätsgebot muss die Aus-, Um- und Neugestaltung der Sozialsysteme ebenso kontrovers diskutiert werden wie umwelt- und klimapolitische Maßnahmen.
- Der Leitsatz Schüler*innenorientierung ist für die ökonomische Bildung wichtig, da er die Verknüpfung von strukturellem Wissen und individueller Lebenslage fordert.

Gefährdung des Beutelsbacher Konsenses durch fachkulturellen Wandel

Worin liegt nun aber die Gefahr für den Beutelsbacher Konsens in der ökonomischen Bildung? Um das zu beantworten, muss man zunächst auf die Reorganisation sozialwissenschaftlicher Unterrichtsfächer in mehreren Bundesländern verweisen. So wurde das Fach in Nordrhein-Westfalen (2020/21) in „Wirtschaft-Politik“ umbenannt. In Baden-Württemberg wurde zum Schuljahr 2016/17 das Fach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ (WBS) eingeführt. Die Veränderungen betreffen nicht nur organisatorische Fragen. Sie führen

auch dazu, dass wirtschaftliche Perspektiven die fachdidaktische Arbeit zunehmend prägen. Es stellt sich die grundlegende Frage, ob Wirtschaft multiperspektivisch behandelt oder anhand isolierter Modelle vermittelt wird.

Mit der neuen Ausrichtung des Lehrplans verändert sich auch das Bild von den Schüler*innen: Während früher vor allem ihre Rolle als Bürger*innen im Mittelpunkt stand, werden sie nun als eigenverantwortlich handelnde Menschen betrachtet, die ihre wirtschaftliche Situation selbst gestalten.

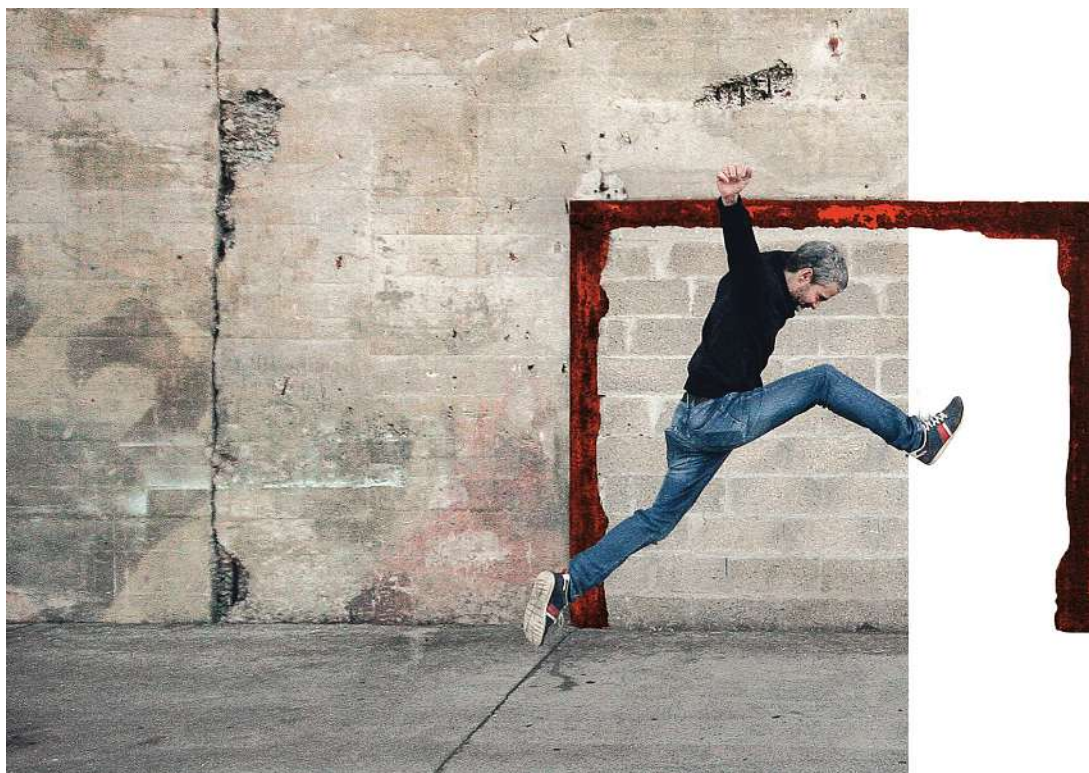
„Eine reflektierte Bildung muss junge Menschen befähigen, ökonomisch klug zu handeln, ohne die Fähigkeit zur kritischen Beurteilung der Rahmenbedingungen zu verlieren.“

Die Vorstellung von „Unternehmer*innen des eigenen Lebens“ bedeutet, dass gesellschaftliche Teilhabe zunehmend als persönliche Aufgabe verstanden wird. Selbstständigkeit wird dabei vor allem als Eigenverantwortung gesehen. Diese Sichtweise passt zu neoliberalen Ideen, nach denen Menschen ihr Leben wie ein Unternehmen organisieren, sich ständig verbessern und wirtschaftliche Risiken selbst tragen sollen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die private Altersvorsorge.

Dadurch verändert sich auch der Bildungsauftrag: Statt vor allem die Fähigkeit zu fördern, gesellschaftliche Fragen kritisch zu beurteilen, liegt der Schwerpunkt stärker auf dem Kompetenztraining für den Umgang mit persönlichen wirtschaftlichen Herausforderungen.

Orientierung an Financial Literacy und Entrepreneurship Education

Die Verankerung der ökonomischen Bildung wird maßgeblich durch Akteure wie das 2019 gegründete „Bündnis ökonomische Bildung Deutschland“ (BöB) vorangetrieben, in dem sich wirtschaftsnahe Interessenvertretungen wie der „Bundesverband deutscher Banken“ oder „Die Familienunternehmer“



versammeln. Sie unterstützen die bildungspolitische Entwicklung hin zu mehr wirtschaftlicher Bildung, indem sie auf Konzepte wie Finanzbildung (Financial Literacy) und unternehmerisches Denken und Handeln (Entrepreneurship Education) verweisen.

Beide Konzepte haben Vor- und Nachteile. Financial Literacy (Finanzbildung) kann dazu führen, dass wirtschaftliche Bildung vor allem als Fähigkeit verstanden wird, sich auf dem Markt zurechtzufinden. Dadurch wird die Verantwortung für Probleme wie Altersarmut stärker dem Einzelnen zugeschrieben, obwohl diese auch gesellschaftliche Ursachen hat.

Entrepreneurship Education (Bildung zu Unternehmertum) fördert Eigeninitiative und selbstständiges Handeln. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass das Bild von erfolgreichen Unternehmer*innen zu stark idealisiert wird. Dadurch können Ungleichheiten, Machtverhältnisse und globale Konflikte aus dem Blick geraten.

Eine reflektierte Bildung muss junge Menschen befähigen, ökonomisch klug zu handeln, ohne die Fähigkeit zur kritischen Beurteilung der Rahmenbedingungen zu verlieren.

Unterrichtsmaterialien als Einfallstor für privatwirtschaftliche Einflussnahme

Für die Frage nach der inhaltlichen Ausgestaltung schulischer ökonomischer Bildung sind Lehr-Lern-Materialien zentral. Bildungsnahe wie -ferne Interessengruppen haben diese längst als wirkmächtigen Hebel im Ringen um curriculare Deutungs-hoheit erkannt. So laufen digital vertriebene, zumeist kostenfreie Unterrichtsmaterialien dem Schulbuch den Rang ab. Doch während Schulbücher kulturministerielle Approbationsverfahren durchlaufen müssen, können Unterrichtsmaterialien im Internet unreguliert veröffentlicht werden. Gleichzeitig ist

Angebote für sozioökonomische Bildung aus gewerkschaftlicher Perspektive:

- „Böckler Schule“ –

Unterrichtsmaterial der Hans-Böckler-Stiftung des DGB
www.boeckler-schule.de

Die Materialien behandeln vor allem Themen, die den Lebenskontext abhängig Beschäftigter betreffen – also Aspekte wie Mitbestimmung sowie Lohn- und Tarifpolitik –, denn die Mehrheit der Schüler*innen wird später als Arbeitnehmer*innen tätig sein. Außerdem geht es um wirtschaftspolitische Themen wie ökonomische Globalisierung sowie Einkommens- und Vermögensverteilung. Grundlage ist das Konzept für den sozioökonomischen Unterricht von Tim Engartner. Neben Texten, Infografiken, Karikaturen und Erklärvideos gibt es auch eine digitale Unterrichtseinheit zu Tarifverträgen.

- „Gewerkschaft macht Schule“ –

Projektstage der DGB-Jugend Baden-Württemberg
www.bw-jugend.dgb.de/schule

Im Rahmen der kostenfreien Projektstage kommen erfahrene Jugendbildungsreferent*innen oder ehrenamtlich Teamende der DGB-Jugend an die Schulen. Je nach Länge des Projektstages können unterschiedlich viele Themen abgedeckt werden wie zum Beispiel Aufgaben von Gewerkschaften, Berufsorientierung oder Antidiskriminierung. Die DGB-Jugend möchte mit diesem Angebot nachhaltig einen Beitrag zu mehr Demokratiebewusstsein leisten.

die Nachfrage schul- und lehrer*innenseitig hoch, da zeitliche Ressourcen für die Unterrichtsvorbereitung begrenzt sind, Schulbuchetats sinken und zunehmend fachfremd unterrichtet wird.

Dies schafft einen fruchtbaren Nährboden für Unternehmen und ihnen nahestehende Interessengruppen, um ihre Weltanschauung im Klassenzimmer zu platzieren. Das Ergebnis sind immer wieder selektive, tendenziöse und manipulative Lernmedien. Rund jedes fünfte Lehr-Lern-Material aus dem Umfeld der (Finanz-)Wirtschaft ist im Materialkompass des „Verbraucherzentrale Bundesverbands“ (vzbv) lediglich mit „ausreichend“ oder „mangelhaft“ bewertet (vzbv, 2025). Entsprechende Materialien stehen den Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses vielfach entgegen. Sie zielen auf Imagebildung, Kund*innen- und Personalakquise oder prägen ein unternehmensfreundliches Weltbild anstatt Sach-, Methoden-, Reflexions-, Handlungs- und Urteilskompetenz zu fördern.

Sozioökonomische Integration als Leitbild

Weil wirtschaftliche Perspektiven immer stärker in den Vordergrund rücken und die Fächer zunehmend getrennt voneinander betrachtet werden, geraten die im Beutelsbacher Konsens festgelegten Bildungsprinzipien unter Druck. Auch deshalb sollte eine zukunftsfähige Bildungspolitik auf sozioökonomische Integration statt ökonomi(sti)sche Trennung setzen. Das erfordert (1.) die Pluralität ökonomischer Paradigmen im Unterricht, (2.) die konsequente Vernetzung von Wirtschaft mit Politik, Geschichte, Recht und Ethik sowie (3.) kritische Reflexion statt bloßer Anpassung. Nur wenn wirtschaftliche Sachverhalte in gesellschaftliche Kontexte eingebettet werden, kann Bildung ihrem Auftrag zur Förderung von Mündigkeit gerecht werden. Die Formel „Integration statt Trennung“ bleibt damit nicht nur die notwendige Antwort auf die fortschreitende Ökonomisierung schulischer Wissensbestände, sondern lässt sich auch aus dem Beutelsbacher Konsens ableiten. Das gilt jedenfalls dann, wenn (sozio-)ökonomische Bildung über betriebs- und volkswirtschaftliche Kenntnisse hinausreicht. ■



Prof. Tim Engartner

Professor für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt ökonomische Bildung und stellvertretender Direktor des Interdisziplinären Zentrums für empirische Lehrer*innen- und Unterrichtsforschung (IZeF)



Felix Bürgel

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt ökonomische Bildung



Foto: ti-ja/Stock (links), Goddard Photography/Stock (rechts)

Literatur

- **Engartner, T. (2021). *Integration statt Separation: Leitmotive sozialwissenschaftlicher Bildung*.** In T. Engartner, R. Hedtke, & B. Zurstrassen (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Bildung. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft* (S. 73–131). UTB Verlag.
- **Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). (2025). *Finanzielle Bildung unter der Lupe: Warum sich genaues Hinschauen bei Unterrichtsmaterialien lohnt*.** <https://www.verbraucherbildung.de/meldung/finanzielle-bildung-unter-der-lupe>
- **Wehling, H. G. (1977). *Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch*.** In S. Schiele, S. & Schneider, H. (Hrsg.): *Das Konsensproblem in der politischen Bildung* (S. 173 – 184). Ernst Klett Verlag.